Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4666.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 24. Halle, Mittwoch, den 15. Januar. 1919.

Was geht in Bremen vor?

Schwere blutige Kämpfe in Bremen. — Präsident Henke entflohen. — Noske an die Bewohner Berlins. — Einmarsch weiterer Truppen in Berlin.

Gegen die Unabhängigen.

Die Garnison Bremen gegen die Diktatur der Unabhängigen.

Bremen, 15. (Privattelegramm.) In Bremen ist seit gestern nachmittag eine Bewegung gegen die militärischen Machthaber im Gange. Die Soldaten der Garnison Bremen wollen sich nicht länger die Diktatur der Unabhängigen und Kommunisten gefallen lassen. Sie setzten sich in den Besitz der Kasernen. Auch die Weserbrücken, die zu den Kasernen führen, und die öffentlichen Gebäude einschließlich Bahnhof wurden mit Gewalt besetzt und von der revolutionären Regierung der zweite Vorsitzende des Lokalrates der Volksbeauftragten, sowie der revolutionäre Stadtkommandant verhaftet. Der Präsident Henke ist entflohen. Die den Soldaten begegnenden Proletarier wurden entwaffnet. In der Gröpelinger Vorstadt leisteten Bewaffnete starken Widerstand. Ein Mann wurde von den Soldaten getötet, mehrere andere trugen schwere Verwundungen davon. Am Abend wurden Verhandlungen eingeleitet. Die Soldaten fordern in erster Linie Entwaffnung des Proletariats, sowie Herausgabe des durch die Kommunisten beschlagnahmten Gewerkschaftshauses, das von den Unabhängigen der Mehrheitssozialisten entrissen worden war. Am Abend wurde in der Stadt noch geschossen.

Stuttgart gratuliert.

Berlin, 15. Januar. (Priv.-Tel.) Die württembergische Regierung hat an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: Wir freuen uns über die Erfolge der Reichsregierung. In Stuttgart haben wir Angriffe der Spartakusgruppe durch gutgeschulte Sicherheitstruppen im Keime erstickt und die Führer der Spartakusgruppe gefangen genommen. Verhandlungen haben wir abgelehnt.

Wo sind Radek, Liebknecht und Eichhorn?

Berlin, 15. Januar. (Priv.-Tel.) Wie aus dem Polizeipräsidium mitgeteilt wird, ist Radek ganz bestimmt nicht mehr in Berlin. Von Liebknecht und Eichhorn fehlt bis zur Stunde jede Spur, doch hofft man, daß die Nachforschungen bald Anhaltspunkte über den Verbleib der beiden Flüchtlinge ergeben werden.

Die Besetzung von Moabit.

Berlin, 15. Januar (Eigene Drahtnachricht.) Die militärische Besetzung des Stadtteils Moabit dauert an. Die Absperrungsmaßnahmen sind aber wesentlich gemildert worden. Allerdings muß sich jeder Passant einer genauen Kontrolle unterwerfen, die namentlich für diejenigen streng genommen wird, die von Moabit kommend, aus dem Absperrungsgebiet herauswollen. Auch die Straßenbahnen müssen an der Sperrkette halten. Soldaten kommen in die Wagen und fragen nach Waffen. Alle Fuhrwerke werden angehalten, und genau untersucht, gleichgültig, ob es sich um Privatwagen oder militärische Wagen handelt. Das Ergebnis der gestrigen Ablieferung beträgt an die 1500 Gewehren und vier Maschinengewehre, sowie viele Pistolen und Revolver. Es kommen bei der Abgabe die vorsündflutlichsten Schießprügel zum Vorschein, die von ihren Besitzern in Befolgung der strengen Bestimmungen ausgeliefert werden.

Anordnungen des Essener A.- und S.-Rates.

Zur Sozialisierung des Bergbaues erläßt der Essener A.- und S.-Rat folgende Bestimmungen:

„Wir haben die Aufsicht über Förderung und Vertrieb der Bergwerksprodukte des rheinisch-westfälischen Kohlenbergwerks übernommen. Wir verordnen:

1. Alle Lohnforderungen sind von jetzt ab bei uns anzumelden.
2. Die Erhöhung der Preise der Bergwerksprodukte ohne unsere Genehmigung ist verboten.
3. Die Direktionsangestellten und Arbeiter haben ihre Arbeiten unverändert weiterzuführen."

Ein Generalmajor verprügelt.

Freiburg, 15. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Hier kam es gestern zu großen Soldatendemonstrationen. 800 Mann versammelten sich auf dem Karlsplatz, um gegen den vor einigen Tagen aus dem Felde zurückgekehrten Regimentskommandeur Major Stelzer wegen der von ihm erlassenen Befehle zu demonstrieren. Soldaten zogen mit roten Fahnen, Trommeln und Pfeifen durch die Straßen und forderten die Absetzung des Kommandeurs. Auf dem Karlsplatz wurde ein gerade des Weges kommender Generalmajor beschimpft, verprügelt und verwundet.

Blutige Zusammenstöße in Hagen.

10 Tote — 15 Verwundete.

Hagen, 15. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Hier kam es vorgestern zwischen zwei Kompagnien freiwilliger Truppen, welche sich nach dem Osten als Grenzschutz begeben sollten, mit Soldaten der Sicherheitswehr zu blutigen Zusammenstößen. Als die Freiwilligen zum Bahnhof marschierten, versuchte die Sicherheitswehr, sie zu entwaffnen. Die Freiwilligen setzten sich zur Wehr und verschanzten sich im Krematorium zu Hagen, wodurch es zu einem lebhaften Feuergefecht mit Maschinengewehren kam. Die Hager Sicherheitswehr zog aus der ganzen Gegend Verstärkungen heran und bewaffnete die Arbeiter der Fabriken. Nach längeren Kämpfen zogen die Freiwilligen sich über die Berge zurück. Teils wurden sie von der Sicherheitswehr gefangen genommen. Bei den Kämpfen wurden 10 Mann getötet und 15 verwundet.

Westfälische Soldatenräte gegen den Grenzschutz.

Verbotene Werbungen.

Münster, 15. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Die Soldatenräte fast aller westfälischen Städte haben Werbungen und Agitation für den Grenzschutz verboten.

Schreckliche Zustände in Moskau.

In Moskau wütet Hungersnot.

Basel, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Baseler Nachrichten" melden aus Moscu, daß dort die Zustände immer schrecklicher werden. Sämtliche Geschäftsbetriebe, Fabriken usw. sind von der Räteregierung selbstverständlich ohne Vergütung von seiten des Staates sozialisiert worden. Ausgenommen von dieser Sozialisierung sind nur die Barbierstuben und Droserien geblieben. In Moskau wütet Hungersnot. Die Lebensmittelpreise werden täglich phantastischer. Ein Pfund Brot kostet 30 Rubel, ein Pfund Butter 80 Rubel, Eier kosten 10 Rubel das Stück. Die Bevölkerung nährt sich ausschließlich von Kartoffeln, welche 6 Rubel pro Pfund kosten. Von 2 Millionen Menschen sind 700 000 übrig geblieben.

Eine regelrechte Schlacht in Buer.

5—6000 Schuß abgegeben.

Dortmund, 14. Januar. Heute früh trafen in Buer Regierungstruppen ein, um die Spartakisten, die sich im dortigen Rathaus festgesetzt hatten, zu vertreiben. Es entspann sich eine regelrechte Schlacht, mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, wobei 5—6000 Schuß abgegeben wurden. Die Spartakisten hißten die weiße Fahne und ergaben sich. Als die Truppen sich darauf zurückgezogen hatten, besetzten die Anhänger der Spartakisten das Rathaus aufs neue und führten die Frau und zwei Kinder des Oberbürgermeisters fort, die sie als Geiseln zum Rathaus schleppten, aber bald wieder entließen, um an ihrer Stelle den Oberbürgermeister festzunehmen, der mittlerweile wieder freigelassen worden ist. Insgesamt haben die Kämpfe fünf Menschenleben gefordert. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.

Explosion eines Munitionsdepots.

Ostende, 14. Januar. (Havas-Reuter.) Ein deutsches Munitionsdepot ist explodiert. Vier Personen wurden getötet, 25 verwundet. Zwei werden vermißt.

Wen wählen wir?

Die Stellung der Demokraten zur Deutschnationalen Volkspartei und zur Sozialdemokratie.

Von

Carl Helms-Halle, Kandidat zur preußischen Nationalversammlung.

Der Wahlkampf, der im Grunde genommen schon in den ersten Wochen nach den stürmischen Novembertagen begann, neigt sich seinem Ende zu. Er ist mit größter Leidenschaft und Zähigkeit geführt worden; mit Bedauern muß aber auch festgestellt werden, daß das politische Ringen nicht frei von persönlicher Kampfesweise war. Wer einen sachlichen Kampf wünscht, wer allein die Werbekraft der Ideen entscheiden lassen will, muß es bedauern, daß die Deutschnationale Volksparei von Anbeginn des Kampfes an zu Formen greift, die alles andere als schön sind und die als sachliche gewiß nicht anerkannt werden können. Die Deutschnationale Volkspartei war es, die durch ihre Gründung auch in unserem Bezirk, nachdem bereits die Deutsche demokratische Partei bestand und ihre Werbekraft zur Sammlung des gesamten Bürgertums bewies, die gebotene Geschlossenheit zerriß.

Es ist nur ein Zeichen für den Tiefstand der deutschnationalen Kampfesweise, wenn sich diese Partei nachträglich hinstellt und über den „Verrat am Bürgertum" jammert. Das Bürgertum hat verraten, wer die Einigkeit aller nichtsozialdemokratischen Wähler zerriß. Und das war niemand anders als die Deutschnationale Volkspartei!

Nachdem diese Partei sich praktisch als die Feindin eines geschlossenen bürgerlichen Auftretens betätigt hatte, hätte man annehmen dürfen, daß alles geschehen würde, um die entstandene Kluft nicht noch zu vergrößern! Weit gefehlt! Die gleiche Partei, die heute jammert über eine ungenügende Kampfstellung gegenüber der Sozialdemokratie hat selbst den Kampf gegen die Sozialdemokratie in einer höchst sonderbaren Weise in den Hintergrund gerückt und in den Vordergrund geschoben den Kampf gegen die Deutsche demokratische Partei! Wie reimt sich ein solches Verhalten zusammen mit den jetzigen Redensarten über den „Verrat am Bürgertum"! Tag für Tag, ohne jede Unterbrechung, beging die Partei der Konservativen, die treueste Stütze des Junkertums, schmählichen Verrat am Bürgertum. Denn die täglich Bekämpfung der Deutschen demokratischen Partei als der stärksten bürgerlichen Partei war und bleibt nichts anderes als Verrat am Bürgertum! Warum hat die Verräterin der bürgerlichen Geschlossenheit nicht ernst gemacht und den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch und entschieden bekämpft? Konnte es der bürgerlichen Geschlossenheit dienen, wenn die Deutsche demokratische Partei nicht nur überhaupt — prinzipiell — bekämpft wurde, sondern zu allem Ueberfluß mit unsachlichen und unschönen Mitteln? Es würde einfach Selbstentmannung gewesen sein, wenn man sich mit Leuten, die in so gehässiger Weise die politische Auseinandersetzung führen, zu Verhandlungen an einen Tisch gesetzt hätte!

Für Politiker, die auf eine gewisse Sauberkeit im politischen Kampfe Wert legen, waren die Tatsachen gegeben durch das unglaubliche Verhalten der Deutschnationalen, ganz abgesehen davon, daß die politische Vergangenheit dieser Partei, die so geschmacklos ist, das Wort Demokratie in ihrem Programm trotz der vorangegangenen leidenschaftlichen Bekämpfung der demokratischen Forderungen der Fortschrittlichen Volkspartei zu führen, die Neigung zu irgendeinem Zusammenschluß nicht stärken konnte. Wenige Tage vor dem Tage der Entscheidung muß noch einmal auf die Art und Weise hingewiesen werden, wie die Reaktion Kriegspolitik

Ruf an Alle: Wählt Liste Delius!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115024/fragment/page=0001

getrieben hat. Sie griff die Fortschrittliche Volkspartei nicht nur leidenschaftlich wegen ihrer Friedenspolitik an, deren Berechtigung und Notwendigkeit sich in einer so restlosen Weise erwiesen hat, sie vermehrte auch den feindlichen Haß gegen alles, was sich deutsch nennt, durch unsinnige annexionistische Forderungen. So sagte Graf Westarp in einem Vortrage noch im Oktober 1917:

„Die flandrische Küste müssen wir behalten. Wir können diese hochgespannte Kriegsziele auch heute noch erreichen, nur wir müssen jetzt endlich aufhören vom Frieden zu reden. Der allgemeine Abrüstungsgedanke ist eine Utopie, niemals erreichbar, weil jeglicher Maßstab und jegliche Kontrolle fehlen."

Zugleich hier ein Beispiel, wie die Deutschnationalen-Konservativen den Begriff Demokratie verstehen, den sie, wie erwähnt, in ihrem Programm aufgenommen haben. Der gleiche Graf Westarp erklärte auf der Landesversammlung der württembergischen Konservativen im Frühjahr 1917:

„Den Machterweiterungsbestrebungen des Reichstages auf parlamentarischem Gebiete setzen wir prinzipiellen Widerstand entgegen. Wenn gesagt wird, das parlamentarische System führe zu einer engeren Fühlung zwischen Volk und Regierung als es bei den fest eingewurzelten Kaiser- und Königtum der Fall sei, so könne man das nicht gelten lassen. Das System der kaiserlichen Kommandogewalt hat sich in diesem Kriege vollständig bewährt."

Ein etwaiger, an sich schon nicht zutreffender Hinweis, daß die Deutschnationalen etwas anderes seien als die Konservativen, mag Beantwortung dadurch finden, daß die Deutschnationalen sich durchaus nicht geniert haben, den gleichen, mehrfach zitierten Grafen Westarp zum Kandidaten für die Nationalversammlung zu wählen. Erst im letzten Moment ist Graf Westarp zurückgetreten. Als schlechter Prophet hat sich aber auch der jetzige erste Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, der gewesene Staatsminister Hergt, erwiesen. Auch er machte in kriegrischen Drohungen und sagte in seiner Etatrede noch am 16. Jan. 1918:

„Jetzt führen sie (die Feinde, Anm. d. Red.) uns gegenüber noch große Worte, aber wir sehen die Not, wenn sie nach der großen Armee über dem Wasser rufen. Nun, meine Herren, die große Armee über dem Wasser kann weder schwimmen noch fliegen; sie wird nicht kommen. Aber unsere Gegner werden uns kommen müssen, und wenn sie dann kommen, dann wird ihr Friedensangebot wesentlich anders lauten als sie es jetzt in ihrer lächerlichen Ueberhebung uns gesaubt haben zumuten zu können."

Kann eine solche Partei mit derartigen Führern neue Wege suchen und finden? Ist sie auch nur im geringsten geeignet, dem demokratischen Zuge unserer Zeit Rechnung zu tragen? Wer es aufrichtig meint mit einer Bekämpfung der Sozialdemokratie, der kann nicht der Deutschnationalen Partei seine Stimme geben, weil diese durch ihre reaktionäre Haltung immer wieder die beste Förderin der Partei einseitiger Klassenherrschaft sein wird! Wer eine reine Parteiherrschaft der Sozialdemokratie jetzt und in der Zukunft verhindern will, der kann und darf nicht die deutschnationale Stimmenzahl vermehren, der muß den Wahlvorschlag der Deutschen demokratischen Partei abgeben, die mit dem Namen Delius beginnt.

Und wer wollte in der jetzigen Zeit die Wähler der Sozialdemokratie vermehren? Die leicht zum Mitläufertum neigenden Wähler werden durch die Listenverbindung der Scheidemannschen mit der unabhängigen Sozialdemokratie belehrt werden, daß die Kluft zwischen den beiden sozialistischen Richtungen keine unüberbrückbare ist. Die Unabhängigen haben sich mit aller Macht für möglichst späte Wahlen zur Nationalversammlung eingesetzt. In ihren Reihen sitzen diejenigen, die der Meinung sind, daß die Nationalversammlung mit Gewalt nach dem Muster des Januschauer Oldenburgs auseinandergesprengt werden soll. Eine solche grenzenlose Mißachtung der Rechte des Volkes und seiner Entscheidung am Wahltage hat nicht genügt, um die alte Sozialdemokratie von einer Listenverbindung mit den Unabhängigen abzuhalten. Die sozialdemokratischen Blätter haben selbst mit nicht zu überbietender Deutlichkeit die verwerfliche Kampfesweise der Unabhängigen charakterisiert. Und heute? Brüderlich vereint marschieren sie zum Endziele. Denken wir auch an den Berliner Bürgerkrieg, der nicht nur von Spartakisten, sondern auch von einem Teile der Unabhängigen geführt wurde! Heute aber sollen sich die Unterschiede zwischen „Abhängigen" und Unabhängigen wieder verwischen, wo es gilt, die Grundlage für eine einseitige Klassenherrschaft zu schaffen. Das muß auch die leichtgläubigsten Wähler zum Erwachen bringen! Nach der eigenartigen Listenverbindung der beiden sozialdemokratischen Parteien kann keine Unklarheit darüber mehr bestehen, daß auch die Mehrheits-Sozialdemokratie nicht die Volkspartei sein kann, die wir zur Gesundung unseres Vaterlandes notwendig haben. Noch ist es Zeit, um großes Unheil zu verhüten. Und noch ist es Zeit, um der links gerichteten Bürgerschaft durch die Listenverbindung zu zeigen, daß sie die Mehrheitssozialdemokratie nicht unterstützen darf.

Der Platz für alle demokratisch und fortschrittlich denkenden und empfindenden Wähler in Stadt und Land ist ebensowenig bei der Deutschnationalen Partei wie bei einer der jetzt wieder brüderlich verbundenen sozialdemokratischen Parteien; der Platz für alle Wähler, die eine wahrhaft demokratische Republik wollen, ist bei der Deutschen demokratischen Partei. Wenige Tage vor dem 19. Januar kann das gesamte Bürgertum nicht eindringlich genug gewarnt werden, der Sozialdemokratie die Steigbügel zu halten. Die Erkenntnis muß Allgemeingut werden, daß zur Sicherung des Sieges der Demokratie, die das Gesamtwohl im Auge hat, nicht das einer einzelnen Klasse, ein möglichst großer Erfolg der Deutschen demokratischen Partei erforderlich ist. Die Frage: „Wen wählen wir?" kann deshalb nur dahin beantwortet werden: Wählt die Liste der Deutschen demokratischen Partei, wählt die Liste Delius!

Bromberg eingeschlossen.

Bromberg soll von den Polen eingeschlossen sein. Leider zeigen sich, wie die „Voss. Ztg." berichtet, auch innerhalb der Bromberger Garnison Störungen, die zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben. Im Gegensatz zu Bromberg sei man in Thorn zuversichtlich und glaube bestimmt, die Polen, wenn sie einen Putsch wagen sollten, mit blutigen Kämpfen heimschicken zu können.

45000 Deutsche aus Posen geflohen.

Wie der „T. R." aus Lissa gemeldet wird, stehen polnische Vorposten etwa 6 Kilometer von Lissa. Streifpatrouillen nähern sich der Stadt bis auf 2 Kilometer. Wie verlautet, bringen die Polen gegen Lissa Geschütze in Stellung.

Insolge der polnischen Gewalthrrrschaft sind aus der Provinz Posen, soweit nachprüfbar, etwa 45 000 Deutsche geflohen. Zum erheblichsten Teil befinden sich die geflüchteten Posener Deutschen in Berlin und Schlesien.

Die Spartakusherrschaft in Düsseldorf.

Berlin, 14. Januar. „Germania" berichtet über völlige Anarchie in Düsseldorf: Die in Düsseldorf hausenden Spartakusleute verhindern das Hinausdringen aller Nachrichten über die Zustände in der Stadt. Der Berliner Vertreter einer Düsseldorfer Zeitung hatte in der vergangenen Nacht ein Gespräch mit Düsseldorf. Was er hörte, war ein Notschrei der Abgesperrten. Die Spartakusleute haben die Stadt völlig in der Hand. Sie plündern und morden und verhaften jeden, der sich ihnen entgegenstellt. Die Nachricht, daß die Engländer Düsseldorf besetzt hätten, ist falsch. Bei der Bitte um Hilfe durch Militär unterbrach die Telephonkontrolle das Gespräch.

Das Wahlergebnis in Bayern.

München, 14. Januar. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Nach unverbindlicher Berechnung ergibt sich für die einzelnen Parteien für das rechtsrheinische Bayern die folgende Zahl von Sitzen im Landtag:

Bayerische Volkspartei 52 + 6 Landesabgeordneten = 58,
Sozialdemokratische Partei 46 + 5 Landesabgeordneten = 51,
Deutsche demokratische Partei 20 + 2 Landesabgeordneten = 22,
Bayerischer Bauernbund 15 + 2 Landesabgeordneten = 17,
Nationalliberale und Bayerische Mittelpartei 5 + 0 Landesabgeordneten = 5,
Unabhängige Sozialdemokratie 3 + 0 Landesabgeordnete = 3.

Hierzu kommen noch 22 + 2 = 24 Abgeordnete für den Regierungsbezirk Pfalz, in dem die Wahlen am 2. Februar stattfinden werden.

Vertraut Ihr auf des Lebens innere Kraft,
Wählt die, die allen Kräften Freiheit schafft —
Wählt die
Deutsche demokratische Partei!

Liebknechts Familie verhaftet!

Berlin, 14. Jan. In der vergangenen Nacht ist die Familie Karl Liebknechts sowie eine Führerin der Spartakusbewegung, Fräulein Unger, verhaftet worden. Die „T. R." berichtet hierüber: Das Haus Liebknecht's in der Bismarck-Straße 75 in Steglitz, in dem seine Gattin mit den beiden Söhnen wohnte, wurde bereits seit dem vergangenen Sonnabend durch Kriminalbeamte überwacht. Dabei konnte festgestellt werden, daß Liebknecht, der in der Regel nachts im Automobil vorfuhr und sich nie länger als zehn oder fünfzehn Minuten bei seiner Familie aufhielt, seine Wohnung durch einen zweiten Ausgang in der Poschingerstraße zu verlassen pflegte. Gestern abend gegen 9 Uhr erschien Liebknecht wiederum bei seiner Familie. Die Beamten riefen Truppen herbei, man sperrte beide Straßen ab und drang in die Wohnung des Gesuchten ein. Offenbar hatte Liebknecht schon Meldung bekommen, daß man ihm auf den Fersen sei, denn er war trotz sorgfältiger Durchsuchung des ganzen Gebäudes nicht mehr zu finden. Offenbar ist es ihm gelungen, über die Dächer hinweg ein sicheres Versteck zu erreichen. Die Durchsuchung der Wohnung ergab wichtiges, Liebknecht belastendes Material.

Während der Haussuchung läutete unausgesetzt der Fernsprecher. Kriminalbeamte meldeten sich unter dem Namen Liebknecht, doch erhielten sie merkwürdigerweise niemals Antwort. Zweifellos hatte der Gesuchte mit seinen Freunden ein bestimmtes Stichwort verabredet. Man verhaftete schließlich die Gattin Liebknechts und seinen jüngeren Sohn — der ältere ist bekanntlich bei den Kämpfen um den „Vorwärts" festgenommen worden — und führte sie ab. Auf der Straße wurden die Angehörigen Liebknechts von der Bevölkerung mit Schmähungen überschüttet. Die Erregung der Menge wurde schließlich so groß, daß der Transportführer einen Straßenbahnwagen requirieren mußte, um die Festgenommenen schützen zu können. Liebknechts Gattin und Sohn wurden in das Moabiter Untersuchungsgefängnis gebracht.

Ferner wurde in Steglitz die oben bereits erwähnte Führerin der Spartakusbewegung, Fräulein Unger, verhaftet. Diese, eine Schülerin und jüngere Freundin Rosa Luxemburgs, war in letzter Zeit in der Spartakusbewegung stark hervorgetreten und hielt den Verkehr zwischen der Berliner und der polnischen bolschewistischen Bewegung in Lemberg aufrecht. Auch bei ihr wurde ein für die Untersuchung und die weitere Bekämpfung des Kommunismus sehr wichtiges Anklagematerial aufgefunden.

Wie verlautet, soll Liebknecht ein Vermögen von 8 Mill. Mark auf den Namen seiner Frau besitzen, jedoch in Deutschland keine Steuern zahlen.

Liebknechts Schuld.

Berlin, 14. Januar. Der „Vorwärts" veröffentlicht heute im Faksimile ein Schriftstück vom 6. Januar 1919, wonach die Regierung Ebert-Scheidemann, die sich unmäßig gemacht habe, für abgesetzt erklärt wird. Der „Revolutionsausschuß", der das Schriftstück unterzeichnet hat, habe die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen. Die Unterschriften lauten: Ledebour, Liebknecht, Scholze. Die Erklärung ist mit der Schreibmaschine geschrieben, der Name Liebknecht und auch derjenige von Paul Scholze handschriftlich hinzugefügt. Mit diesem Dokument schickte Liebknecht am 6. Januar eine Abteilung von 300 Bewaffneten unter Führung eines Matrosen aus dem Marstall nach dem Kriegsministerium, mit dem Auftrag, es zu besetzen. Aus der Uebergabe des Kriegsministeriums ist nichts geworden. Das handschriftlich vollzogene Dokument des „Revolutionsausschusses" dient nun aber der Regierung als ein überzeugender Schuldbeweis für die Handlungen derjenigen, die die zweite Berliner Revolution in Gang gebracht haben.

Schwere Strafen für Störung der Wahlen.

Berlin, 14. Januar. Das deutsche Volk sieht vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Nationalversammlung allein kann uns den Frieden bringen, nur sie kann die errungene Freiheit in einer neuen Verfassung verankern.

Es gilt, den ungestörten Verlauf der Wahlen zu sichern. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, hierbei zu helfen.

Die Wahlfreiheit ist jedem Volksgenossen durch das Gesetz, insbesondere durch den § 107 des Reichs-Strafgesetzbuches ausdrücklich verbürgt. Nach dieser Vorschrift wird mit schwerer Freiheitsstrafe bestraft, wer einen Deutschen durch Gewalt und Drohung zu hindern sucht, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen. Die Reichsregierung wird jeder Störung der Wahlhandlung mit Entschiedenheit entgegentreten. Wer es unternimmt, die Wahlen zu stören oder zu hindern, verfällt aber nicht nur gegen Gesetz und Recht, er versündigt sich vielmehr angesichts der unschätzbaren Güter, die durch die Nationalversammlung geschützt werden sollen, auch an der Zukunft des Vaterlandes.

Die Reichsregierung.
Ebert. Scheidemann.
Der Zentralrat.
Leinert. Cohen.

Der Berliner Eisenbahnerstreik beigelegt.

Berlin, 15. Januar. Der Eisenbahnerstreik ist abgemacht worden. Die Radikalen haben, wie die „Voss. Ztg." sagt, wieder eine schwere Niederlage erlitten. Die Arbeiter haben sich diesmal nicht einschüchtern lassen. Sie haben die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Wegen des Streikes auf der Hochbahn wurde gestern während des ganzen Tages verhandelt, ohne daß eine Einigungszustande gekommen wäre. Heute nachmittag dürfte sich, laut „Lok.-Anz." das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts mit der Sache beschäftigen. Vorläufig ruht der ganze Betrieb.

Wieder zahlreiche Spartakus-Nester ausgehoben.

Berlin, 14. Januar. Am heutigen Vormittag rückten die Truppen in Moabit dann weiter vor die Waffenfabrik Löwe in der Huttenstraße. In diesem Werk hat sich eine starke Gruppe Spartakisten eingenistet, die reichlich mit Waffen aller Art versehen sind. Von hier aus fanden allnächtlich Raubzüge durch Moabit und andere Stadtteile statt. Die Spartakisten operierten in Trupps von 20 bis 25 Mann, die auf Lastwagen die Geschäftsviertel unsicher machten und ihre Beute in der Löwescheen Fabrik in Sicherheit brachten.

Der Kleine Tiergarten in Moabit, wo sich Spartakidennester befinden, wurde von Truppen umstellt. Bis gegen mittag hatte man bereits 19 Personen verhaftet, die Waffen bei sich trugen und mit spartakistischen Ausweisen versehen waren. In der Emdener Straße wurden die Häuser planmäßig abgesucht. Es gelang sechs Nester auszunehmen, in denen sich große Vorräte von Waffen und Munition befanden. Hier versorgten sich die Kommunisten für den Kampf auf den Dächern mit Waffen und

Die Säuberung Moabits.

Berlin, 15. Januar. Die gestrige Säuberung des Moabiter Stadtteiles hat sich, wie das „B.T." schreibt, mit überraschender Schnelligkeit vollzogen. Zahlreiche Spartakisten wurden gefangen. Oberst Reinhardt, der die Operation der Regierungstruppen im Moabit leitet, widersprach verschiedenen wilden Gerüchten. Unter anderem wurde erzählt, daß mehrere Arbeiter der Munitionsfabriken im Moabit standrechtlich erschossen worden seien. Das sei nicht wahr.

Laut „Voss. Ztg." vollzog sich die Ablieferung der Waffen ruhig. Bis zu den Abendstunden waren rund 1500 Gewehre, sowie eine Anzahl Revolver und Browningpistolen abgeliefert worden. Auch mehrere Maschinengewehre wurden beschlagnahmt, zum Teil auch freiwillig herausgegeben. Abends wurde die Absperrung wieder aufgehoben. Es verblieben nur Scharfschützenposten in den Straßen. Der Hauptteil wurde zurückgezogen.

Wie der „Lok.-Anz." hört, wird die Säuberung von den Spartakusbanden heute im Innern der Stadt fortgesetzt werden.

Die Reform des auswärtigen Amtes.

Ueber die Reform des Auswärtigen Dienstes heißt es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung": Die seit langem als notwendig erkannte Reform wird jetzt auf Veranlassung des Grafen Brockdorff-Rantzau energisch betrieben, und zwar soll zunächst die bereits seit geraumiger Zeit begonnene Neugestaltung des wirtschaftlichen Außendienstes als besonders dringend durchgeführt werden. Der bisherige Handelsattache der Gesandtschaft in Kopenhagen, Legationsrat Dr. Töpfer, wird hierbei dem Auswärtigen Amte zur Seite stehen. Er ist zum Unterstaatssekretär ernannt worden. Graf Brockdorff wird, wie die „Deutsche Allg. Ztg." weiter sagt, mit praktischer Arbeit beginnen. Es kommt darauf an, die zersplitterte Berichterstattung und die Arbeitsweise unserer ausländischen Vertretungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu vereinheitlichen. Ferner gilt es, lebendigere Beziehungen zwischen unseren ausländischen Vertretungen und unseren inneren wirtschaftlichen Kreisen herzustellen.

Die Absichten der Franzosen.

Im „Lok.-Anz." liest man: Es wird von Tag zu Tag klarer, daß die Franzosen gegen uns nichts Gutes im Schilde führen. Die französisch-Militärpartei betreibt die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen uns. Auch ist Frankreich entschlossen, auf der Friedenskonferenz die Einverleibung des ganzen Saargebietes zu fordern, wofür es in den Gebieten von Saarbrücken und Zabern eifrig Propaganda unter der Bevölkerungerung betreibt. Daß die ganze linksrheinische Industrie in französische Hände spielen will, gehört auch zu den besonderen Plänen.

Versklavung Deutschlands durch die Entente!

WTB. Berlin, 13 Januar. Die deutsche Regierung hat heute durch die Waffenstillstandskommission in Spaa den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen eine Note überreichen lassen, in der es u. a. heißt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115024/fragment/page=0002

Bei den in Mainz über die Anwendung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages stattgehabten Verhandlungen der Finanzkommissare der Alliierten wurde eine Note überreicht, die das Höchstmaß dessen darstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Die Forderungen der Entente können lediglich dazu dienen, eine

finanzielle Sklaverei Deutschlands

der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsmoratorium Deutschlands herbeigeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, der Ausgang fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht, es wird im Gegensatz zu den seinerzeit in Trier ausdrücklich gemachten Zusicherungen ausdrücklich erklärt, daß die Genehmigung auch insoweit erforderlich sei, als deutsches Verfügungsverbot nicht bestehe.

Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln,

Rohstoffen und Fertigfabrikaten, nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche Private im Ausland aufgenommen haben, soll genehmigungspflichtig sein, desgleichen soll von der Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob deutsche Beamte im Auslande Funktionen ausüben können.

Zweitens aber entfernt sich der Ton der Note, aus dem die unverhohlene Freude spricht,

Deutschland schädigen und demütigen

zu können, vollkommen und wesentlich von dem Ton der Noten, der seit Einstellung der Feindseligkeiten üblich war.

Die deutsche Regierung legt hiermit gegen diese Note ausdrücklich und ernstliche Verwahrung ein. Sie erklärt, daß sie

außerstande ist, die Note anzunehmen,

denn Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Grenze dessen angelangt, was es annehmen kann. Die Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, in dem es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der Alliierten und assoziierten Regierungen auf Folgendes hinzulenken:

In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die

Wilsonschen Punkte,

nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und dann danach zu vergewaltigen. Die Beibehaltung der Blockade und die Hinausschiebung der Versorgung mit Lebensmitteln machen das deutsche Volk aufmerksam. Wenn je die Alliierten und assoziierten Regierungen, dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zu vorheriger wirtschaftlicher Erdrosselung Deutschlands handhaben, ferner der in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegslist zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihm als

außerhalb jedes menschlichen Verständnisses

und göttlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für eine Versöhnung der Völker ersticken müßte, falls es kein Verzeihen und Vergessen gäbe. gez. Brockdorff-Rantzau.

Was jetzt in der Finanzvorlage der Entente vom 5. Januar von den Mittelmächten verlangt wird, ist nichts anderes als Erpressung niedrigster Art. Das deutsche Volk hoffte, es mit einem ritterlichen Gegner zu tun zu haben. Es fand in Wirklichkeit Räuber seiner nationalen Ehre und seiner berechtigten Ansprüche.

„Mittelnorddeutsche Bundesrepublik".

Braunschweig, 14. Januar. Die braunschweigische Regierung fordert durch einen Aufruf zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Die Arbeiter- und Soldatenräte der im Folgenden bezeichneten Gebiete werden gebeten, mit ihr in einen Meinungsaustausch darüber einzutreten, ob an die Errichtung eines neuen Gemeinwesens mit folgenden Abgrenzungen gegangen werden kann:

Vom Hamburgischen Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in gerader Linie bis zum nördlichsten Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Bitterfeld, die anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Nordhausen, durch preußisches Gebiet über die Göttinger Gegend bis zum südlichsten Teile des Braunschweiger Gebietes, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nördlichsten Punkte des Kreises Holzminden und von dort weiter gehend östlich von Hannover und westlich von Celle in gerader Linie wieder auf Hamburg zu.

Frankreich fordert auch Saarbrücken.

Genf, 14. Januar. Zu den gestern begonnenen und heute in Paris fortgesetzten Beratungen des militärischen Ententerates über die Erneuerung des Waffenstillstandes bemerken die Regierungsblätter, Deutschland müsse darauf vorbereitet sein, daß Saarbrücken in den dauernden Besitz Frankreichs gelange und daß sowohl hierfür wie für die Internationalisierung der Rheinschiffahrt mit gewissen Vorteilen für die Anwohner, die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig getroffen würden.

Wilson und Deutschlands Versorgung.

Washington, 14. Januar. In der Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß hieß es unter anderem: „Ich kann nicht ernst genug darauf dringen, daß der Kongreß die Gelder bewilligt, die Hoover für das Lebensmittelhilfswerk verlangt hat. Dies ist jetzt der Schlüssel zur gesamten Lage in Europa und zur Lösung der Friedensfrage. Der immer mehr nach Westen vorrückende und

Deutschland vergiftende Bolschewismus

kann nicht mit Gewalt, aber wohl

mit Lebensmitteln aufgehalten werden.

Das Geld wird nicht für Lebensmittel für Deutschland selbst gebraucht werden, denn Deutschland kann seine Lebensmittel kaufen. Aber es muß angewandt werden, um die Lebensmittelversorgung Polens, der befreiten Völker, der österreichisch-ungarischen Monarchie und unserer Bundesgenossen auf dem Balkan zu finanzieren. Ich weiß nicht, wie wir die nötige Macht finden sollen, um Frieden zu schließen, wenn dieses Mittel,

um den Strom des Anarchismus abzuwenden,

nicht angewandt wird.

Aus der demokratischen Bewegung.

Eilenburg, 15. Januar. Wohl noch nie hat Eilenburg eine derartige Wahlversammlung gesehen, als am Montag abend. Der größte Saal der Stadt faßte eine Kopf an Kopf stehende Menge. Schon eine Stunde vor Beginn war der Saal besetzt. Viele mußten wieder umkehren. Es mochten gegen 3000 Personen anwesend sein, davon allerdings wohl zwei Drittel Sozialdemokraten. Einige Hundert halbwüchsige junge Leute von 15—16 Jahren, teilweise mit Kindertrompeten ausgerüstet, schienen bestimmt, die Versammlung zu sprengen. Den ersten Vortrag, Frl. Dr. Gosche, hörte man verhältnismäßig ruhig an. Er wurde von den Bürgerlichen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Als dann Abg. Delius sprechen wollte, begann der Lärm. Dem sicheren und ruhigen Auftreten des Redners gelang es, sich Ruhe zu verschaffen. Er konnte seinen Vortrag, wenn auch von vielen Zwischenrufen gestört, unter dem großen Beifall der Bürgerlichen vollenden. Nach ihm sprach ein sozialdemokratischer und ein deutschnationaler Redner, der sich gegen die Sozialisierung wandte und bedauerte, daß die Demokraten nicht mit ihnen zusammengingen. Als Abg. Delius das Schlußwort nehmen wollte, verließ auf Aufforderung der Sozis ein Teil der Teilnehmer die Versammlung. Es hielt den Vortragenden nicht ab, nachdem sich der Radau etwas gelegt hatte, mit dem sozialistischen Redner gründlich unter dem Beifall der meisten Zurückgebliebenen abzurechnen. Jedenfalls hatte die unabhängige Partei eine Niederlage erlitten.

*

Bitterfeld, 15. Januar. Für die in Anhalt liegenden preußischen Gemeinden hielt gestern abend in Schiernau Herr Carl Helms-Halle einen politischen Vortrag, der sich eines außerordentlich starken Besuches erfreute. Die Versammlung spendete den Ausführungen des Redners lebhaften Beifall. Trotz mehrfacher Aufforderung meldeten sich in der Diskussion keine Gegner zum Wort.

In Schköna hielt am Sonntag abend Herr Lehrer Weber-Schköna, Mitglied der Gräfenhainicher Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei, einen politischen Vortrag in einer zahlreich besuchten Versammlung. Seine Ausführungen fanden lebhafte Anerkennung.

In Löberitz sprach Dienstag abend Herr Dr. Schweer-Halle. Der Saal des Gasthauses zum Ritter war überfüllt. Die Ausführungen des Referenten begegneten lebhafter Zustimmung. In der Diskussion sprachen zwei Sozialdemokraten, die von dem Referenten im Schlußwort abgeführt wurden.

*

Wanzleben, 15. Januar. Hier sprach gestern abend vor überfülltem Saale Herr Stadtverordneter Georg-Halle, Kandidat zur preußischen Nationalversammlung. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Obwohl es sich um eine geschlossene, von einer Beamtengruppe einberufene Versammlung handelte, wurde auch zwei Sozialdemokraten das Wort erteilt, die dann diese Gastfreundschaft mit einer Redezeit von 50 Minuten belohnten. Einen Erfolg haben sie damit allerdings nicht erzielt.

*

Delitzsch, 15. Januar. Hier sprach Sonntag nachmittag Herr Dr. Blankenburg-Zeitz in einer öffentlichen, überaus zahlreich besuchten Versammlung. Begeisterter starker Beifall folgte den Ausführungen des Redners.

Provinzial-Nachrichten.

× **Lochau**, 14. Januar. (Nachjagd.) Bei der gestern von Rittergutsbesitzer Schwarzburger veranstalteten zweiten Nachjagd in den Feldmarken Lochau und Wesenitz wurden von 14 Jägern in 3 Treiben noch 50 Hasen zur Strecke gebracht.

✲ **Cölleda**, 14. Januar. (Erfroren aufgefunden) wurde in der an der Großneuhäuser-Chaussee belegenen Scheune eine Frauensperson. Es handelt sich um die aus Cölleda gebürtige unverehelichte, ca. 56 Jahre alte Mieschler.

Raguhn, 14. Jan. (Die hiesigen Anhaltischen Lackwerke,) bisher einer Gesellschaft gehörig, hat nach deren Auflösung der seitherige Geschäftsführer, Fabrikant Scheidt, käuflich erworben. Das Werk ist bereits wieder im Betrieb.

Aschersleben, 14. Jan. (Das Rittergut Giersleben,) bisheriger Besitzer Rittmeister von Wagner, ist durch Kauf in das Eigentum des Samenzüchters Otto Just hier übergegangen. Der Kaufpreis beträgt 1¼ Millionen Mark.

Apolda, 14. Jan. (Todbringender Sprung.) Gestern nachmittag wurde hier eine Johanniterschwester, Tochter eines hiesigen Fabrikanten, beerdigt, die infolge einer unbegreiflichen Unvorsichtigkeit verunglückt war. Um ihre Eltern zu besuchen, war sie in einen Zug gestiegen, der nicht in Apolda hielt, aus dem sie aber mit Gepäck heraussprang, als er bei der Durchfahrt etwas langsameres Tempo hatte. Sie konnte zwar trotz der dabei erlittenen Verletzungen ohne fremde Hilfe den Bahnhof verlassen, verfiel zu Hause aber in einen Wundstarrkrampf, von dem sie auch in der Universitätsklinik Jena, wohin sie übergeführt wurde, nicht gerettet werden konnte.

× **Sangerhausen**, 14. Januar. (Spott zum Schaden.) Einen herben Verlust erlitt auf hiesigem Bahnhof ein Hamsterer, der mit einer mit Eiern gefüllten Kiste aus einem von Nordhausen ankommenden Personenzuge in den Magdeburger Zug einsteigen wollte. Er ließ die Kiste fallen, so daß diese durchbrach und sämtliche hübsch in Häcksel verpackte Eier auf den Bahnsteig fielen. Die meisten davon gingen in Trümmer. Das schallende Hohngelächter der Mitreisenden war für den Geschädigten eine besondere Zugabe.

× **Aken**, 15. Januar. (Carakteristisches für die gegenwärtige Zeit). Eine kleine, unscheinbare Nachricht der gestrigen Zeitung besagt, daß die Stadt Aken die Bewachung der auf dem Bismarckplatze aufgestellten Geschütze übernommen hat. Warum die Stadt das getan hat, wird nicht gesagt; wahrscheinlich hat der Zeitungsmann sich geschämt, es auszusprechen: daß nämlich die zu den Kanonen gehörenden Mannschaften den Schlaf in den behaglichen Räumen der Mädchenschule vorzogen und ihre Geschütze ihrem eigenen Schicksal überließen. Das Gewehr, das Maschinengewehr oder das Geschütz nannte man früher die Braut des Soldaten. Ist das heute noch so? Mir scheint, daß es Soldaten gibt, die zwar auf dem Tanzboden ihren Mann stehen, aber es fertig bringen, ihre erste und beste Braut schmählich im Stich zu lassen. Was können wir Mädchen dabei tun? Das Richtigste wäre — und das schlage ich hiermit allen Gefährtinnen vor zu tun: wir wollen diese „Soldaten", wenn sie bei der Tanzmusik erscheinen sollten, durch Nichtbeachtung strafen, wie es sich gehört. Von allen Parteien werden wir im jetzigen Wahlkampf heiß umworben; unsere Stimmen sind plötzlich ausschlaggebend geworden, wie man sagt. Na gut. Zunächst bitte ich aber alle Geschlechtsgenossinnen, in der vorgeschlagenen Weise vorzugehen. Ich hoffe hierbei auf starken Erfolg. Eine 24jährige Wählerin.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Der Hallesche Ruder-Verein „Böllberg" hält am 16. ds. Mts., abends 8 Uhr, den ersten Teil seiner ordentlichen Jahreshauptversammlung in seinem Vereinshause in Böllberg ab. Zwei weitere Versammlungen am 2. und 16. Februar dienen zur Abwickelung des umfangreichen Programmes. — Ein besonderes Ereignis von großer sportlichen Bedeutung war die Anschaffung eines „Doppelachters", der im Herbste eintraf. Als einziger Ruderverein von Mitteldeutschland besitzt der Hallesche Ruderverein „Böllberg" nunmehr einen Doppelachter neben dem Doppelvierer, Doppelzweier und Einer und wird in diesem Sommer besonders auch das Mannschaftsrudern im Skullboote (Doppelrudersport) pflegen nach gründlicher Ausbildung eines Mitgliedes im Skullen im Doppelzweier. Als Skulltechnik wird die v. Gaza'-Barry'sche für alle ausübenden Mitglieder zugrunde gelegt.

Letzte Depeschen.

Ablieferung der Waffen in Berlin.

Eine Kundgebung Noskes.

Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Oberbefehlshaber Noske erläßt an die Bewohner Berlins folgende Kundgebung:

Der gestrigen Besetzung des Stadtteils Moabit folgt heute in breiter Front der Einmarsch beträchtlicher Truppenmengen in die Stadt. Alle westlichen Vororte werden gleichfalls besetzt oder durch bürgerliche und Volkswehren geschützt. Arbeiter, Soldaten, Bürger! Die von mir geführten Divisionen sind nicht Werkzeuge der Konterrevolution, dienen nicht der Unterdrückung, sondern werden die Befreiung von dem unerhörten terroristischen Druck bringen, unter dem die Masse der Bevölkerung Berlins zu leiden hat. Sicherheit der Person und des Eigentums, Freiheit der Presse und ungehinderte Ausübung des höchsten Staatsbürgerrechts, der Wahl zur Nationalversammlung, will ich unbedingt herstellen. Neuen Gewalttaten der Spartakusleute und verbrecherischer Elemente muß durch die Waffenabgabe vorgebeugt werden. Ich fordere die Bevölkerung Berlins auf, die Truppen nach Kräften zu unterstützen und den Anordnungen der militärischen Leiter Folge zu leisten. Dazu ist erforderlich: 1. Die vom Rat der Volksbeauftragten angeordnete Uebergabe der Waffen wird vom 15. Januar ab durch die in Berlin einrückenden bezw. dort bereits vorhandenen regierungstreuen Truppen und Wehren in Verbindung mit der Polizei durchgeführt werden. Hierzu werden Durchsuchungen von Häusern und Wohnungen stattfinden; 2. jede Ansammlung auf den Straßen ist untersagt. Den Anweisungen der Posten und Straßenpatrouillen für das Freihalten der von den Posten begangenen Räume und von geschlossenen Truppenformationen zu beschreitenden Straßen ist unbedingt Folge zu leisten; 3. der Verkehr auf den Straßen bei Dunkelheit, aber auch während der Tagesstunden ist auf das unbedingt Nötige zu beschränken; 4. das städtische Fernsprechnetz wird in nächster Zeit in weitem Umfange zu militärischen und polizeilichen Zwecken ausgenützt werden. Ich ersuche daher das Publikum, den Fernsprecher nur zu dringenden Dienst- und Geschäftsgesprächen zu benutzen; 5. im Hinblick auf die unerhörten Zustände der letzten Zeit ersuche ich alle Mitbürger, dahin einzuwirken, daß die Waffenabgabe schnell und reibungslos durchgeführt wird, damit die Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt wiederhergestellt wird.

Der Oberbefehlshaber Noske.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Warnung vor gefälschten Kriegsanleihe-Zinsscheinen. Es sind Zinsscheine der 5proz. Kriegsanleihe im Umlauf, die auf der Rückseite folgenden Stempel tragen: Entweder „Geprüft Deutsche Bank, Hauptkasse" oder „Deutsche Bank, Kontrolle A". Hierzu erklärt die Deutsche Bank, daß sie Zinsscheine mit einem Stempel irgendwelcher Art nicht in Umlauf bringt oder zu Zahlungen benutzt. Es ist also zu vermuten, daß Fälschungen vorgenommen und obengenannte Stempel benutzt worden sind, um bei denjenigen Personen, denen die Zinsscheine in Zahlung gegeben werden, kein Mißtrauen aufkommen zu lassen.

Unsicherheit in Steuerfragen. Unter dieser Spitzmarke macht die „Frkf. Ztg." folgende Ausführungen: Die schweren Konjunkturrückgänge, welche in der Zeit seit Waffenstillstand das deutsche Geschäftsleben beherrschen, berühren steuertechnische Fragen sehr ernstlich. Die kaufmännische Welt hat ihren Kriegsgewinn-Steuererklärungen zum Teil Bilanzen zugrunde zu legen, welche in der Mitte des abgelaufenen Jahres aufgestellt, eine ganz andere Geschäftslage wiederspiegeln als die heutige. Seitdem sind viele Warenbestände (besonders in Ersatzartikeln) stark entwertet, viele Debitoren (so im Osten, in Polen usw.) gefährdet, kurz, der Wert manches Geschäftes ist wesentlich vermindert. Wenn nun trotzdem die Kriegsgewinnsteuer von den Bilanzwerten einer vergangenen Konjunkturperiode genommen werden soll, so tritt hier die Gefahr hervor, daß teilweise Leistungen erfolgen mußten, die den ohnehin geschwächten Bestand gewisser Geschäfte und Firmen in einer übermäßigen und unbilligen Weise belasten könnten. Es scheint, daß hier steuertechnische Schwierigkeiten vorliegen, die zur Nachprüfung der bestehenden Verordnungen führen sollten. Denn dem Steuerfiskus muß an der dauernden Erhaltung der Steuerkraft eines jeden jetzt mehr als je gelegen sein.

Erhöhung der Zinkblechpreise in Süddeutschland. Die Süddeutsche Zinkblechhändler-Vereinigung in Mannheim hat die Preise um 10 Mk. pro Doppelzentner erhöht.

Bank für Thüringen, vormals B. M. Strupp Akt.-Ges. in Meiningen. Die Bank errichtet in Neustadt a. d. Saale eine Filiale.

Die Berliner Devisenzentrale hat am Dienstag die telegraphische Auszahlung auf Spanien neuerlich um 1 Mk. auf 147 Geld und 148 Brief erhöht. Die sonstigen Devisenkurse wiesen keine Veränderung auf.

Wetternachricht der „Saale-Zeitung".

Donnerstag, den 16. Januar.

Unbeständig, zunächst mild, Niederschläge in Schauern, später sinkende Temperatur.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: I. V.: Otto Bieler. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Weiße Zähne erzielen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch d. herrlich erfrischenden Zahnpasta Chlorodont. Vorzügl. Vorbeugungsmittel bei Bazillen-Infektion durch die Mundhöhle (Influenza, Grippe usw.). Überall zu haben.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Depositenkasse Reilstrasse 133. Fernspr. 6139. Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115024/fragment/page=0003

Deutsche Volkspartei

Landesverband für den Wahlbezirk Halle-Merseburg.

Geschäftsstellen: Merseburg, Gotthardistraße (Gasthof „Halber Mond"), Halle a. d. S. (Hotel „Rotes Roß").

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Die deutsche Fahne, das Sinnbild deutscher Größe, Ehre und Würde, liegt zerfetzt und beschmutzt am Boden. Verächtlich in den Augen der Feinde, erniedrigt vor der ganzen Welt, ist das deutsche Volk in Gefahr, den letzten Rest seiner Einheit und seiner sittlichen Kraft zu verlieren. Jeder deutschdenkende Mann, jede deutschdenkende Frau muß jetzt das Herzblut hingeben, um deutsches Ansehen wieder zu Ehren zu bringen. Geschlossen muß das deutsche Volk zum Neubau seines Hauses schreiten.

Nieder mit allen zerstörenden Kräften!

Einheit, Schönheit und Stärke ziere den Bau!

Nicht als ein Volk von Knechten wollen wir in den Bund der freien Völker treten, sondern als ein gleichwertiges freies Volk, das, stolz auf seine Vergangenheit, seine nationale Eigenart und Kultur, in Freiheit und Friede entwickeln will. Wir sind nicht besiegt und doch ist allein durch unsere Schuld unsere Wehrkraft zusammengebrochen.

Wer fühlt nicht die brennende Schmach dieser Tage, da deutsche Soldaten sich von einer Handvoll zusammengelaufener Polen entwaffnen ließen, und wir hilflos zusehen müssen, wie unsere Brüder im Osten in slawischer Flut ertrinken?

Schon droht uns bolschewistische Diktatur. Ein unerbittlicher, grausamer Feind marschiert bei uns ein und wartet nur auf den geeigneten Augenblick, um uns als Volk für immer zu vernichten. Werdet nicht würdelos im Unglück und verächtlich vor aller Welt in der Not! Jetzt gilt es Selbstbesinnung und Selbstzucht zu üben. Tretet deshalb mit uns zusammen zur Arbeit für die neue Aufrichtung unseres deutschen Volksstaates! Stellt euch mit uns hinter die augenblickliche Reichsleitung, bis aus der freien Wahl aller deutschen Männer und Frauen die Gesetz und Recht neuschaffende Nationalversammlung hervorgegangen ist!

Die Deutsche Volkspartei tritt ohne jede politische Vergangenheit an euch heran. Sie ist geboren aus der Not der Stunde, aus dem Volke für das Volk.

Wir sind die Partei des Mittelstandes, des wahren Trägers staatlicher Macht und Ordnung.

Wir sind die Partei der Bürger und Bauern.

Wir sind die Partei der Arbeiter und Angestellten, der Handwerker und Kaufleute, der Beamten und im freien Berufe Tätigen.

Unser Programm:

1. **Wir rufen** das gesamte deutsche Volk zu einer Erneuerung seines Nationalbewußtseins auf. Wir erstreben die Zusammenfassung aller deutschen Stämme in einen großdeutschen Nationalstaat bei würdiger Stellung dieses Staates im Bunde der freien Völker.
2. **Wir stehen** auf dem Boden einer freien demokratischen Staatsverfassung. Wir verlangen die unverzügliche Einberufung der großdeutschen Nationalversammlung, hervorgegangen aus dem gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für beide Geschlechter nach dem Grundsatz der Verhältniswahl.
3. **Wir halten fest** an der Verbindung der Kirche mit dem Staat, an der Sicherstellung ihres Besitzstandes bei voller Wahrung der Gewissensfreiheit. Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule.
4. **Wir wünschen** eine freie Entwicklung der Persönlichkeit in Schule und Beruf, eine freie Entwicklung unserer Privatwirtschaft unter fortschrittlichem Ausbau der bestehenden Gemeinwirtschaft. Wir stehen auf dem Boden einer friedlichen Entwicklung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des deutschen Volkes, wir erstreben die Wiedergewinnung unserer Kolonien und einen wirksamen Schutz der Auslandsdeutschen.
5. **Wir bekämpfen** den internationalen Sozialismus und jede Form des Kommunismus und Bolschewismus. Wir wehren uns gegen jede diktatorische sozialistische Gesetzgebung.
6. **Wir erstreben** eine Erneuerung der Wehrkraft, aufgebaut auf den Grundsätzen eines Volksheeres, Gerechtigkeit, Manneszucht, Kameradschaft.
7. **Wir fordern** Entwicklung und Hebung des selbständigen und festbesoldeten Mittelstandes. Wir treten ein für eine reichsgesetzliche Neuregelung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten und Heeresangehörigen, für die Gleichberechtigung der wirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen und einen fortschrittlichen Ausbau der sozialen Gesetzgebung.
8. **Wir wollen** Grundbesitzreform und innere Kolonisation mit dem Ziele höchster Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft.
9. **Wir verlangen** eine großzügige Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Zusammenhang mit einer weitestgehenden Heimstättengesetzgebung.
10. **Wir ringen** um das Herz des deutschen Volkes, um die Wiedererweckung seiner sittlichen Kraft, um den deutschen Idealismus.

Unsere Kandidaten:

1. **Heinrich Gerlich**, Dr. phil. et rer. pol., Geschäftsführer des Zentral-Verbandes der chemisch-technischen Industrie (Mittel-, Kleinindustrie und Handel), Berlin.
2. **Robert Heidenreich**, Handlungsgehilfe, Halle.
3. **Otto Rohe**, Bauer, 1. Vorsitzender des Deutschen Bauernwahlvereins, Schillingstedt.
4. **Karl Petzold**, Rechnungsrat, Regierungssekretär, Merseburg.
5. **Eduard Sehmisch**, Rektor der Mittelschule, Merseburg.
6. **Anna Zimmermann**, Frau Eisenbahnzugführer, Halle.
7. **Oswald Stieler**, Bürgermeister, Elsterwerda.
8. **Karl Wiesemann**, Bauer, Burgwenden.
9. **Walther Prietze**, Pfarrer, Königerode.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190115024/fragment/page=0004